



# Bürgerliche drücken Containereingänge durch

Die letzten beiden Tage beschäftigte sich der **Grosse Rat** mit Sicherheitsthemen. Dank bürgerlicher Geschlossenheit wurde das Projekt für Containereingänge doch noch angenommen – doch auch die Linken konnten teilweise Erfolge verbuchen.

## Containereingänge sind bewilligt

Im Berner Strafvollzug soll nun doch ein temporäres Containereingangsgefängnis zum Einsatz kommen, um die vollen Regionalgefängnisse zu entlasten. Der **Grosse Rat** hat gestern eine abgespeckte Version des zuvor versenkten Projekts knapp bewilligt.

Statt 40 sollen nun 20 bis 30 Plätze bereitgestellt werden, vorzugsweise auf dem Areal eines bestehenden Gefängnisses. Hinter der Motion von André Roggli (Mitte) stand das **Kantonsparlament** mit 78 zu 75 Stimmen bei drei Enthaltungen.

Es brauche nun eine schnelle Entlastung und die Durchsetzung des Rechtsstaats, so der bürgerliche Tenor. Gegenstimmen kamen von der Ratslinken, der GLP und der EVP. Die Lösung sei präventive Arbeit, nicht eine nachträgliche Aufstockung, machte Christa Ammann für Grüne/AL geltend. René Müller (EVP) störte sich zudem an der Extrarunde: «Dieser demokratische Entscheid muss respektiert werden.»

Ginge es nach Sicherheitsdirektor Philippe Müller (FDP), wäre die Anlage doppelt so gross geworden. Im Herbst 2024 lehnte der **Grosse Rat** aber das 5,6-Millionen-Vorhaben beim Regionalgefängnis Burgdorf mit Stichtentcheid ab. Die Mehrheit kritisierte diese Ausgabe damals als unverhältnismässig für eine temporäre Lösung.

Dass sich diesmal eine Mehrheit für die Container fand, liegt an Fraktionsdisziplin und an der bürgerlichen Präsenz. Das zeigt ein Blick aufs Abstimmungsprotokoll. Bei der SVP gab es 2024 noch drei Nein-Stimmen, diesmal drei Enthaltungen und nur eine einzige Nein-Stimme. Zudem stimmten diesmal sämtliche Mitglieder von SVP, FDP und Mitte ab. 2024 fehlten drei Bürgerliche bei der Abstimmung.

Die Gefängniscontainer bezwecken eine Überbrückung bis zur Eröffnung des Gefängnisneubaus in Witzwil. Dieser ersetzt ab Mitte der 2030er-Jahre das baufällige Bieler Regionalgefängnis und bietet Platz für den geschlossenen Vollzug der heutigen Justizvollzugsanstalt Thörberg. Letztere soll schliesslich als Puffer zur Verwendung kommen.

## Wer nicht bezahlt, soll gemeinnützige Arbeit leisten

Dass die Containereingänge überhaupt nötig sind, liegt auch daran, dass die Berner Gefängnisse latent überfüllt sind. Das hat unter anderem mit den vielen Ersatzfreiheitsstrafen für Personen zu tun, die eine Busse oder Geldstrafe nicht bezahlt haben.

Am Mittwoch hat der **Grosse Rat** deswegen bereits eine Ständesinnesinitiative beschlossen. Sie beabsichtigt, dass Ersatzfreiheitsstrafen künftig in gemeinnützige Arbeit umgewandelt werden können. Zudem forderte er eine



Das Berner **Kantonsparlament** hat der abgespeckten Variante eines Containereingangsgefängnisses zugestimmt.

Bild: Keystone/Peter Schneider

generelle Stärkung von gemeinnütziger Arbeit als Vollzugsform, etwa in Form einer Informationskampagne.

Bis auf EDU und EVP waren alle Fraktionen unter den Erstunterzeichnenden der Motion der Lysserin Oriana Pardini (SP) vertreten. 106 Ratsmitglieder standen hinter dem Vorstoss, 36 waren dagegen und eine Person enthielt sich. Gegenstimmen kamen von SVP, FDP und EDU.

Kern des Strafrechts sei «das staatliche Versprechen, Menschen nach Fehlverhalten wieder eine Perspektive zu eröffnen», sagte Pardini. Dazu leiste die Ersatzfreiheitsstrafe keinen Beitrag. Ein kurzer Aufenthalt im Gefängnis bringe der Gesellschaft nichts, fügte Mitmotionärin Andrea Gschwend-Pieren (SVP) an. Für die erwählte Änderung muss das Bundesgesetz angepasst werden, konkret das Strafgesetzbuch. Das **Kantonsparlament** kann sie deshalb nicht im Alleingang vollziehen. Als nächsten Schritt landet das Anliegen bei den zuständigen Kommissionen der nationalen Räte.

## Berner Polizei erhält neuen Wasserwerfer

Die Berner Kantonspolizei kann einen neuen Wasserwerfer für 3,2 Millionen Franken anschaffen. Der **Grosse Rat** hat am Mittwoch diverse Rückweisungsanträge der Ratslinken mit grosser

Mehrheit abgelehnt. Mitglieder der Grünen forderten einerseits den Kauf eines Elektrofahrzeugs, andererseits die Prüfung einer gemeinsamen Nutzung mit mehreren Polizeikonkordaten. Bis auf SP/Justo leistete keine Fraktion Folge.

Auch eine Neuberteilung des Beschaffungsverfahrens, wie von **Grossrätinnen** von SP und Grünen verlangt, wollte die Ratsmehrheit nicht. Kommissionspräsident Adrian Spahr (SVP) aus Lengnau legte dar, dass faktisch nur ein Anbieter infrage komme.

Das **Kantonsparlament** bewilligte den Verpflichtungskredit mit 117 zu 26 Stimmen bei 7 Enthaltungen. Somit kann die Kapo den älteren ihrer beiden Wasserwerfer ersetzen. Er ist seit 2006 im Einsatz und kann nicht mehr gewartet werden.

## Sicherheit im Amthaus an Private delegiert

Der Rat verabschiedete zudem einen wie derkehrenden Verpflichtungskredit von jährlich 288'000 Franken für die Sicherheitsaufgaben im Amthaus bis 2030. Der Betrag wird eingesetzt, um Begleitung, Bewachung und Betreuung von eingewiesenen Personen an ein privates Sicherheitsunternehmen zu delegieren.

Zum Unmut der Ratslinken: «Die beste Lösung wäre eine Aufstockung der Polizei», sagte Oriana Pardini für ihre Fraktion. Eine Kommissionsminderheit verlangte erfolglos eine Rückweisung, um zu prüfen, «inwieweit diese Aufgaben mit dem staatlichen Gewaltmonopol vereinbar sind». Die Ratsmehrheit gab der Regierung aber in Form eines Ergänzungsauftrags mit auf den Weg, die ge-

setzliche Grundlage der Auslagerung sorgfältiger herzuleiten, sollte es eine nächste Leistungsperiode geben.

## Radikalisierung früher erkennen

Der Kanton Bern soll künftig mehr unternehmen, um potenzielle Gefährdungen und Gefährder zu identifizieren. Der bernische **Grosse Rat** hat gestern einen Vorstoss des ehemaligen Lysser Gemeindepräsidenten Andreas Hegg (FDP) überwiesen, wonach der Kanton Bern ein Frühwarnsystem für Radikalisierung entwickeln soll.

Die Ratsmitglieder waren sich einig, dass extremistische Gewalt eine grosse Gefahr für die Gesellschaft darstelle. Auch, dass es dafür einen präventiven Ansatz brauche. Der entspre-

chenden Forderung stimmte er fast einstimmig zu.

Umstrittener war, von welchen Gruppen die Gefahr ausgeht. So sprachen sich die Motionärinnen und Motionäre explizit für eine konsequentere Abschiebepolitik von ausländischen Straftätern mit extremistischem Hintergrund aus. Für die Ratslinke war dies der falsche Fokus. Es greife zu kurz, dass es sich bei Radikalisierung um ein Ausländerproblem handle, sagte Valentina Achermann für die SP/Justo-Fraktion. Die bürgerliche Mehrheit stimmte auch diesem Bestandteil dennoch zu – ebenso wie der Forderung, dass Strafverfolgung, Nachrichtendienst und Integrationsbehörden intensiver zusammenarbeiten. Es gehe dabei um sämtliche Tätergruppen, stellte Initiant Hegg klar.

Sicherheitsdirektor Philippe Müller (FDP) machte deutlich, dass präventive Instrumente bereits bestünden und die Zuständigkeiten geregelt seien. Das gelte auch für die Ausschaffung von ausländischen Gefährdungen und Gefährtern. Die Problematik bestehe aber grundsätzlich darin, die Gefahr zu erkennen.

Er zeigte sich deshalb bereit, mehr Ressourcen zu investieren und auf Bundesebene Einfluss zu nehmen – etwa im Rahmen der laufenden Revision des Nachrichtendienstgesetzes. Das neue Gesetz soll dem Nachrichtendienst mehr Instrumente zur Früherkennung von Bedrohungen geben. Das Bundesparlament wird voraussichtlich noch dieses Jahr über die Vorlage befinden.

## Kontaktverbote über den Kanton hinaus

Der bernische **Grosse Rat** will, dass Kontakt- und Annäherungsverbote künftig kantonsübergreifend gelten. Mittels Motion hat er den Regierungsrat am Donnerstag beauftragt, sich für den interkantonalen Datenaustausch im Bereich des Gewaltschutzes einzusetzen.

Der **Grosse Rat** überwies den Vorstoss einstimmig. Mitglieder sämtlicher Fraktionen hatten ihn mitunterzeichnet. Der Kanton Bern muss nun dafür sorgen, dass er Anordnungen anderer Kantone im Bereich des Gewaltschutzes künftig ebenfalls vollziehen kann. Polizeiliche Schutzmassnahmen haben aktuell nur im verfügbaren Kanton Wirkung, sofern sie sich auf kantonale Gesetze stützen. Auf Ersuchen der jeweiligen Kantonspolizeien können zwar auch andere Kantone Massnahmen anordnen, einen systematischen Informationsaustausch gibt es aber nicht.

Die Regierung begrüsselt diese Stossrichtung. Verbesserungen verspricht sie sich mit dem neuen Konkordatsentwurf der Konferenz der kantonalen Polizeikommandantinnen und -kommandanten. Tritt er in Kraft, werden die Polizeien auf polizeiliche Daten anderer Kantone zugreifen können. (sda/jat)

## Der **Grosse Rat** hat diese Woche ausserdem:

• zugestimmt, dass der Kanton den Einsatz von sogenannten Super-Recognizern bei der Fahndung nach Gewalttätigen weiter prüft. Ein entsprechendes Pilotprojekt der Kantonspolizei befindet sich derzeit am Ende einer Testphase (das BT berichtetete). Nach Abschluss des Tests soll dem Parlament ein Bericht vorgelegt werden.

• einen Bericht des Regierungsrats zur Umgestaltung der Kirchensteuer für juristische Personen zurückgewiesen. Die bürgerliche Mehrheit verlangt vertiefte Abklärungen, was passiert, wenn Unternehmen die Kirchensteuer freiwillig zahlen können. Der Rat brauche bessere Entscheidungsgrundlagen zu den finanziellen Folgen und möglichen Über-

gangsmodellen, hiess es von bürgerlicher Seite.  
• das totalrevidierte Berner Sozialhilfegesetz mit grosser Mehrheit überwiesen. Dies, nachdem unter anderem beschlossen wurde, dass Gemeinden nun doch keinen Selbstbehalt übernehmen müssen – und Kinder in der Sozialhilfe zusätzliche Unterstützung erhalten sollen. (sda/jat)